Antrag

beschlossen von der 196. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 8. Mai 2025

Trinkgelder müssen grundsätzlich abgaben- und steuerfrei gestellt werden!

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gastgewerbe sowie im Tourismus sind das Rückgrat einer der wichtigsten Wirtschaftsbranchen Vorarlbergs. Gerade in Zeiten akuten Personalmangels und steigender Lebenshaltungskosten stellen Trinkgelder eine unverzichtbare zusätzliche Einnahmequelle für Servicekräfte dar – und sind zudem Ausdruck der direkten Wertschätzung durch Gäste und Kunden.

Mit dem zunehmenden Trend zu Kartenzahlungen wird der Trinkgeldfluss immer transparenter – was nun offenbar Finanzamt und Sozialversicherungsträger auf den Plan ruft, um diese freiwilligen Zuwendungen ebenfalls zu besteuern bzw. mit Abgaben zu belasten. Eine solche Vorgehensweise ist weder sozial noch wirtschaftlich tragbar – und sie schadet massiv der Attraktivität der Tourismusbranche als Arbeitgeber.

Die aktuelle steuerfreie Grenze von lediglich 40 Euro pro Monat ist völlig realitätsfern und für viele Beschäftigte schlicht ein Hohn. Der Versuch, auch auf diese kleinen Beträge zuzugreifen, ist nichts anderes als ein Angriff auf jene Menschen, die durch persönliche Leistung, Freundlichkeit und Fleiß tagtäglich für ein positives Bild Vorarlbergs sorgen.

Trinkgelder sind freiwillige, direkte Anerkennung der Kundschaft – sie dürfen keinesfalls zur versteckten Steuerquelle werden! Eine dauerhafte Abgaben- und Steuerfreiheit ist daher nicht nur gerecht, sondern notwendig, um die Tourismusbranche vor weiterem Personalverlust und Attraktivitätsverlust zu bewahren.

Die 196. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg möge, sich auf Bundesebene – insbesondere beim Bundesministerium für Finanzen – mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass Trinkgelder für Servicekräfte in Gastronomie, Hotellerie und der gesamten Tourismusbranche dauerhaft und vollumfänglich von allen Abgaben und Steuern befreit werden.

Darüber hinaus wird gefordert, die aktuell gültige Bagatellgrenze von monatlich 40 Euro steuerfreiem Trinkgeld umgehend abzuschaffen, da sie in keinsten Weise den Gegebenheiten in der Praxis entspricht.